

Neues aus der Statistik

Tief regionalisierte Mindestsicherungsquoten in LSKN-Online

Die amtliche Statistik in Deutschland liefert mit ihrem Bund-Länder-Projekt „Amtliche Sozialberichterstattung“ seit 2009 ein umfassendes Internetangebot an vergleichbaren Daten für Bund und Länder aus den Bereichen soziale Mindestsicherung sowie Armut und soziale Ausgrenzung (www.amtliche-sozialberichterstattung.de).

Unter den Begriff der staatlichen Mindestsicherungsleistungen fallen folgende Hilfearten:

- Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld)
- Sozialhilfe nach dem SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, HLU)
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge (laufende Leistungen).

Nach der Reform der sozialen Sicherungssysteme im Jahr 2005 („Hartz IV“- Gesetzgebung) ist es statistisch möglich, diese fünf Hilfearten unter dem Oberbegriff der staatlichen Mindestsicherungsmaßnahmen zusammenzufassen.

Gesamtdarstellungen der Leistungen der sozialen Mindestsicherung durch das Bund-Länder-Projekt enden in regionaler Hinsicht bisher auf der Ebene der Bundesländer. Der LSKN hat im Rahmen des vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS) finanzierten Projekts „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen“ im letzten Jahr bereits Ergebnisse für die Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sowie – zunächst nur als Karte – auch für die Einheits- und Samtgemeinden des Landes vorgelegt. Niedersachsen ist damit bundesweit eins der ersten Bundesländer, die diese Daten berechnen.

Ab sofort stehen Daten zu Empfängerzahlen und Leistungsartenstruktur differenziert nach Geschlecht, Nationalität sowie Altersgruppen für Kreise und kreisfreie Städte – vor allem aber – für Einheits- und Samtgemeinden in der Internet-Datenbank LSKN-Online (www.lskn.niedersachsen.de → Statistik → LSKN-Online Datenbank) zur Verfügung. Die Daten sind unter „Statistische Erhebung

(Quelle)“ als Nr. 255 „Soziale Mindestsicherung“ eingeordnet.

Die Tiefe des Angebots unterscheidet sich je nach regionaler Ebene: So gibt es auf Ebene der Einheits- und Samtgemeinden keine Differenzierung nach Nationalität und Altersgruppen. Veränderungsquoten gegenüber dem Vorjahr sind nach Altersgruppen nur für Statistische Regionen und das Land verfügbar. Leistungen der Kriegsopferfürsorge wurden nicht in die Berechnung einbezogen, weil diese unterhalb der Landesebene nicht regional differenzierbar sind.

Ab sofort bundesweite Gemeindedaten in der Regionaldatenbank Deutschland verfügbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten ab sofort bundesweit Statistik-Daten für alle Städte und Gemeinden in Deutschland zum kostenlosen Download an. Sie können unter www.regionalstatistik.de abgerufen werden. Zunächst stehen nur Informationen über Bevölkerungsstand und -entwicklung aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Deutschland zur Verfügung.

Bereits jetzt können Daten über den Bevölkerungsstand, Geburten, Sterbefälle und Wanderungen für die Jahre 2008 und 2009 abgerufen werden. Damit wird der Öffentlichkeit eine wichtige Datengrundlage zur Beobachtung der demographischen Strukturen in den Regionen unentgeltlich verfügbar gemacht. Da die Daten in allen Bundesländern mit der gleichen Methode erhoben werden, ist eine Vergleichbarkeit der Zahlen für alle Städte und Gemeinden Deutschlands gewährleistet.

Das Angebot wird fortlaufend aktualisiert und erweitert. Im Laufe dieses Jahres werden Gemeindeergebnisse für zahlreiche weitere Statistik-Themenbereiche veröffentlicht.

Die Regionaldatenbank Deutschland enthält auch ein breites Datenangebot für alle Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Verfügbar sind unter anderem Informationen aus den Themenbereichen Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung und Unterricht, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Verkehr und Tourismus, Sozialwesen, Öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umwelt sowie Wahlen.